

	Antrags-Nr.	
	0897-AT/2022	

Antrag

Frau Kristin Lemm
Vorsitzende der DIE LINKE-Stadtratsfraktion

Betreff
Antrag der DIE LINKE-Stadtratsfraktion - Einführung eines Sozialtickets für den Busverkehr innerhalb des Eisenacher Liniennetzes

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Ausschuss für Soziales, Bildung und Gesundheitswesen	Ö	02.03.2022	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	08.03.2022	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	15.03.2022	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Die Oberbürgermeisterin und die Mitglieder des Verwaltungsrates wirken auf die Einführung eines Sozialtickets für den Busverkehr für alle Linien des Eisenacher Stadtverkehrs hin.
2. Anspruchsberechtigt sind Kinder und Jugendliche, die eine allgemeinbildende Schule besuchen und deren Eltern bzw. Sorgeberechtigten Sozialleistungen im Sinne des SGB II (Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) und Leistungen nach dem SGB XII (Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe) erhalten, die weiteren Empfänger von Sozialleistungen nach dem SGB II und SGB XII, sowie Empfänger von Mitteln aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetzes (Bafög) und der Bundesausbildungshilfe (BAB) und aus dem Asylbewerberleistungsgesetz.
3. Das Sozialticket berechtigt zum Erwerb von allen Ticketoptionen um einen 50 % geminderten Tarifsatz. Das Sozialticket ist personengebunden und wird auf Antrag ausgestellt.
4. Die notwendigen Regelungen sind von der Stadtverwaltung zu erarbeiten, einschließlich einer Trendberechnung über den zu erwartenden Mitleistungsanteil der Stadt Eisenach, und dem Stadtrat bis zum Ende des 3. Quartals zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

II. Begründung

Die ärmere Hälfte der Bevölkerung hatte schon vor 20 Jahren wenig Vermögen, inzwischen aber fast nichts. Die Hoffnung, dass Fleiß und Anstrengung sich irgendwann lohnen würden, schwindet immer mehr. Und viele Menschen sitzen im Niedriglohn fest, müssen aufstocken und sind dadurch und durch Langzeitarbeitslosigkeit von Hartz IV abhängig. Die Pandemie hat die Lebenssituation der so schon von Armut Betroffenen noch verschärft durch Einkommensverluste, hohe Preissteigerung für die Grundversorgung und eine Inflationsrate von inzwischen über 6 %.

Die Sozialdaten der Stadt Eisenach belegen, dass Armut über die Jahre an Konstanz nichts verloren, sich im Gegenteil noch erhöht hat. Der größte Teil der privaten Haushalte in Eisenach (56,9 % im Jahr 2016) verfügen über ein niedriges Einkommen, deren Anteil mit Sicherheit weiter gewachsen ist. Auch die Zahl der Empfänger für eine Grundsicherung im

Alter nimmt zu. Sie erhöhte sich z.B. von 474 Anspruchsberechtigten im Jahre 2019 auf 510 im Jahre 2020. Die Gründe dafür liegen in der Absenkung des Rentenzahlbetrages, der Langzeitarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Frühverrentung mit Abschlägen und noch weiteren Faktoren der Rentenpolitik, die zu Altersarmut trotz Erreichen der Regelarbeitsjahre führen. Plötzlich notwendige Ausgaben im Haushalt wachsen sich zur Katastrophe aus, ganz zu schweigen von Umzügen oder Zahnersatz.

Besonders betroffen von Armut sind die Kinder in Bedarfsgemeinschaften, die Alleinerziehenden und die Frauen. Da mag eine Fahrpreiserhöhung für den Stadtverkehr um 20 Cent gering erscheinen, für arme Menschen ist das viel und nicht die einzige wirksam gewordene Erhöhung für kommunale Dienstleistungen in der Stadt. Das Sozialticket für den genannten Personenkreis wird zwar die Ursachen für Armut nicht aufheben, aber wenigstens einen kleinen Teil dazu beitragen, dass Busfahren hin und zurück besser zu stemmen ist und dadurch auch die Zahl der Fahrgäste wieder zunimmt.

Frau Kristin Lemm
Vorsitzende der DIE LINKE-Stadtratsfraktion